

paperpress

.....N e w s l e t t e r.....

Impressum: paperpress – Kommunalpolitik – Jugend – Wirtschaft – Kultur. Gegründet am 7.4.1976. Gründer und Herausgeber: Ed Koch. Chefredakteur: Chris Landmann (verantwortlich für den Inhalt), Fotoredaktion: Lothar Duclos. Träger / Verlag / Vertrieb / Druck: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., vertreten durch den Vorstand Ed Koch und Chris Landmann. Postanschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin. Web: www.paperpress.org (Textarchiv) / www.paperpress-newsletter.de (Newsletter-Archiv) / Telefon: (030) 705 40 14 Fax: 705 25 11 – Leserschriften, Be- und Abbestellung des Newsletters und der monatlichen Druckausgabe: E-Mail: post@paperprerss.org – Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe. Der Newsletter wird kostenlos zugestellt. Alle Newsletter-texte auch auf www.paperpress.org. Die Druckausgabe erscheint monatlich. Preis für die Zustellung: 20 Euro jährlich.

Nr. 502 D

6. Februar 2014

39. Jahrgang

Die Lage ist ernst...

Was wäre anders, wenn Klaus Wowereit seinen Urlaub abbrechen und frühzeitig nach Berlin zurückkehren würde? Diese Frage stellen sich viele innerhalb und außerhalb der SPD. Wowereit lässt sich seinen Urlaub nicht vermiesen, auch nicht durch eine BZ-Schlagzeile. Eine vorzeitige Rückkehr wäre eine Art Anerkennung einer ernstesten Lage. Dazu hat Klaus Wowereit keine Lust. Ich halte das für einen großen Fehler, denn die Lage ist ernst.

Der Chef äußert sich nicht persönlich, obwohl die Öffentlichkeit ein Recht darauf hat, von ihm selbst eine Stellungnahme zum Fall Schmitz zu hören. So äußern sich andere. Das fängt ganz oben mit Parteichef Sigmar Gabriel an und führt über den Bundestagsfraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann direkt zu Neuköllns Bürgermeister Heinz Buschkowsky. Und natürlich äußert sich auch jemand von den Jusos, die sonst für die Medien eher uninteressant sind. Wenn es aber in dieser Stimmungslage gegen Wowereit geht, darf selbst der Nachwuchs auftreten.

Wowereit hat so manches Problem ausgesessen. Und so bleibt er bis zum geplanten Ende am Urlaubsort. Die Eigendynamik, die der Fall Schmitz inzwischen entwickelt hat, könnte dazu führen, dass Klaus Wowereit bald sehr viel mehr Zeit für Urlaub hat als ihm lieb ist. Tragische Skiunfälle hatten wir in letzter Zeit genug, es kann sein, dass Wowereit ohne irgendwo gegen gefahren oder hingefallen zu sein, dennoch mit kräftigen Blessuren zurück nach Berlin kommt.

Wie immer in solchen Fällen, bewegt die Öffentlichkeit die Frage, wer hat wann etwas gewusst. Wowereit also bereits seit 2012. Was hat er getan? Ist irgendetwas gegen André Schmitz eingeleitet worden? Ein „normaler“ Beamter hätte sich doch bestimmt einem Disziplinarverfahren ausgesetzt gesehen, oder? Das hätte ja dann, wenn es keine strafrechtlichen Bedenken gibt, wieder eingestellt werden können. Ist das aber überhaupt geschehen?

Und nun sollen auch noch der CDU-Justiz-Senator Heilmann und vielleicht auch der SPD-Finanzsenator Nußbaum bereits 2012 von dem Vorgang gewusst haben. Eine Tageszeitung spöttelte heute, dass neben Wowereit die Millionäre am Senatstisch eingeweiht waren. Wie kommen diese Herren auf den Gedanken, dass der Fall Schmitz nicht an die Öffentlichkeit gelangen würde? Heutzutage kommt alles raus, fragen Sie die NSA, die natürlich Bescheid gewusst haben dürfte. Aber, die sagen ja nichts.

Der Kulturstaatssekretär ist zurückgetreten. Heute beginnen die Filmfestspiele. Und nicht einmal diese reizen den Regierenden Bürgermeister und Kultursenator nach Berlin zu kommen. Das soll verstehen wer will.

Erwartungsgemäß hat der Fall die Berufsvolksbegehrer auf den Plan gerufen. Der aktuelle Volksentscheid ist noch gar nicht durchgeführt worden, da steht ein weiterer an. Wowereit soll aus dem Amt entfernt werden. Ich habe keine Ahnung, ob ein Volksentscheid die Amtsenthebung bewirken könnte, eines ist aber sicher: In Berlin gibt es das Potenzial, Volksbegehren und dann auch Volksentscheide erfolgreich zu veranstalten. Das Hauptmotiv dabei ist, gegen etwas oder jemand zu sein, grundsätzlich. Für einen Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens braucht man lediglich 20.000 Stimmen, 50.000, wenn man Neuwahlen erreichen möchte. Für ein erfolgreiches Volksbegehren müssen 7 % der Wahlberechtigten unterschreiben. Bei 2,5 Mio. Wahlberechtigten sind das rund 175.000 Berlinerinnen und Berliner. Um Neuwahlen herbeizuführen, müssten allerdings 20 % = 500.000 unterschreiben.

Den Initiatoren geht es aber erst einmal nicht um Neuwahlen, denn um diese durchzudrücken, ist die Hürde dann doch zu hoch. Sie wollen Klaus Wowereit aus dem Amt hieven. Das hätte jedoch letztlich Neuwahlen zur Folge. Die CDU und auch die Oppositionsparteien werden sich nicht darauf einlassen, einen anderen Regierenden Bürgermeister zu wählen. Natürlich wäre das möglich. Klaus Wowereit ist am 16. Juni 2001 durch ein Misstrauensvotum gegen Eberhard Diepgen ins Amt gekommen. Um diesen Vorgang zu wiederholen, müsste sich die CDU auf die Seite der Opposition schlagen. Wenn aber wirklich Justizsenator Heilmann auch schon seit 2012 vom Fall Schmitz gewusst haben soll, dann müsste sich die CDU zuerst von ihm und dann von Wowereit trennen. Zu viele Wenss und Abers.

Was bleibt also? Die Sache aussitzen, was sonst!

Ed Koch